

Tagungsbericht

Lernen neu lernen? Bildung und Weiterbildung in Zeiten digitalen Wandels

Eine Tagung der Stiftung Marktwirtschaft
am 18. Juni 2019 in Berlin



Inhaltsverzeichnis

2 Begrüßung

Prof. Dr. Michael Eilfort
Vorstand Stiftung Marktwirtschaft

3 Bildungspolitische Handlungsoptionen in Zeiten digitalen Wandels

Anja Karliczek MdB
*Bundesministerin
für Bildung und Forschung*

5 Potenziale und Grenzen von Arbeitsmarkt- politik bei der Bewältigung von Struktur- wandel

Prof. Dr. Ulrich Walwei
*Kommissarischer Direktor des Instituts für
Arbeitsmarkt- und Berufsforschung*

6 Podiumsdiskussion: Die Digitalisierung als Herausforderung für das deutsche Bildungssystem – Was ist zu tun?

Yasmin Fahimi MdB
*Obfrau der SPD-Bundestagsfraktion in der
Enquete-Kommission „Berufliche Bildung“*

Katja Suding MdB
Stellvertretende Vorsitzende der FDP-Bundestagsfraktion

7 Dr. Ludger Schuknecht

*Stellvertretender Generalsekretär
der OECD*

8 Prof. Dr. Berthold U. Wigger

*Karlsruher Institut für Technologie,
Kronberger Kreis*

Moderation der Veranstaltung

Margaret Heckel

Impressum

Stiftung Marktwirtschaft
Charlottenstraße 60, 10117 Berlin
Tel.: (030) 20 60 57-0
www.stiftung-marktwirtschaft.de

Text: **Fulko Lenz, Joshua Karthee**
lenz@stiftung-marktwirtschaft.de

Fotos: Kay Herschelmann

Begrüßung

Prof. Dr. Michael Eilfort
Vorstand Stiftung Marktwirtschaft

„Wir haben die Rohstoffe nicht im Boden, sondern in den Köpfen“, zitiert der Vorstand der Stiftung Marktwirtschaft, Prof. Dr. Michael Eilfort, in seiner Begrüßung den ehemaligen baden-württembergischen Ministerpräsidenten Erwin Teufel. Dessen Aussage unterstreiche die Bedeutung von Bildung und habe in digitalen Zeiten noch an Gültigkeit gewonnen. Bildung diene nicht nur der Teilhabe und Integration, sondern sei ebenso „Bereitschaft und Hunger, unter sich verändernden Umständen Lernen immer wieder neu zu lernen“. Dies sei Grundvoraussetzung für Wandel und Innovationen, ohne die sich der gegenwärtige Wohlstand kaum halten ließe.

Vor diesem Hintergrund sei es ein besorgniserregendes Defizit der Sozialen Marktwirtschaft, dass Durchlässigkeit und Chancengerechtigkeit in diesem Land zu oft fehlen würden, warnt Eilfort. Da in Folge des demografischen Wandels die Zahl der jungen und damit oftmals innovativsten Köpfe abnehme, könne man in Deutschland niemand mehr am Rande zurücklassen – unabhängig von Lebensalter und -abschnitt. „Wir brauchen in diesem Land jeden und jeder will gebraucht werden.“ Deshalb biete auch das derzeit im Kontext der Digitalisierung viel diskutierte Grundeinkommen höchstens eine trügerische Sicherheit, da es als Stilllegungs- und Schweigeprämie der Kapitulation des Sozialstaats gleichkäme.

Die besten Strategien gegen Stillstand und Abhängigkeit seien vielmehr Bildung und Weiterbildung, so Eilfort. Dazu gehöre es, lebenslanges Lernen so zu gestalten, dass es mehr als Chance denn als Bedrohung empfunden werde. Im Bundesministerium für Bildung und Forschung sieht Eilfort deshalb ein „Hoffnungsressort“, in dem es gelte, kluge Weichenstellungen zu treffen, richtige Anreize zu setzen und bei Bedarf auch Leistung zu fordern. Dann sei jeder Cent, der zusätzlich in Bildung fließe, eine gute Zukunftsinvestition.





Bildungspolitische Handlungsoptionen in Zeiten digitalen Wandels

Anja Karliczek MdB
Bundesministerin
für Bildung und Forschung

3

„Bildung muss auch in Zeiten der Digitalisierung den einzelnen Menschen in den Mittelpunkt stellen und es ihm ermöglichen, ein selbstbestimmtes Leben zu führen“, formuliert die Bundesministerin für Bildung und Forschung, Anja Karliczek MdB, zu Beginn ihres Vortrags. Es stehe außer Frage, dass die Digitalisierung zahllose „neue Möglichkeiten zu lernen und zu lehren“ eröffne. Dabei komme es vor allem auch auf die Vermittlung von Fähigkeiten und Kompetenzen an, mit denen man digitale Technologien nicht nur nutzen, sondern auch verstehen könne. In den Mittelpunkt müssten die Bereiche gestellt werden, in denen der Mensch auch in Zukunft besser als jede Maschine bleibe.

Eine der größten Herausforderungen im Zuge der Digitalisierung sei es, das Bildungssystem in die Lage zu versetzen, kurzfristiger und flexibler auf die tiefgreifenden Veränderungen zu reagieren, die sich mit zunehmendem Tempo vollzögen. Dies erfordere einen schwierigen Spagat zwischen Geschwindigkeit auf der einen Seite und Wahrung demokratischer Prozesse in einem föderalen System auf der anderen Seite. In diesem Kontext seien zentralstaatliche Lösungen und der Versuch, bildungspolitisch „alles in Berlin entscheiden“ zu wollen, wenig erfolgversprechend. Stattdessen gelte es in vielen Fällen, Verantwortung nach unten zu delegieren, da man auf die individuellen Bedürfnisse der verschiedenen Bildungseinrichtungen andernfalls gar nicht eingehen könne.

Die Digitalisierung erfordere es, die Veränderungen entlang der gesamten Bildungskette – also von der frühkindlichen Bildung, über die Schulen und die Erstausbildung bis hin zur Weiterbildung – zu analysieren und die relevanten Stellschrauben zu identifizieren. Nur auf dieser Basis könne es gelingen, „unseren Wohlstand zu bewahren und auch in zehn Jahren noch wettbewerbsfähig zu sein“. Nicht zu vernachlässigen sei zudem das Lernen im Alter, denn auch nach dem Ende des Berufslebens seien gewisse Grundfertigkeiten in den neuen Technologien für ein „Grundver-

ständnis über die Generationen hinweg“ erforderlich und dienten dem Zusammenhalt der Gesellschaft.

„Kinder werden mit Neugierde geboren – wir müssen diese Neugierde nur erhalten“, gibt Karliczek als Lösung im Bereich der frühkindlichen Bildung aus. Für die Bundesregierung habe in diesem Kontext das Thema MINT (Mathematik, Informatik, Naturwissenschaften und Technik) einen besonders hohen Stellenwert. Es sei davon auszugehen, dass in den nächsten Jahren weitere neue Berufsbilder in diesen Bereichen entstünden. Das „Haus der kleinen Forscher“ sei beispielsweise eine bewährte Initiative, um Interesse an derartigen Themen zu wecken und Neugierde wachzuhalten.

Im Bereich der schulischen Bildung sei der nun beschlossene Digitalpakt ein wichtiger Erfolg, der jedoch nicht als ein reines Infrastrukturprojekt verstanden werden dürfe. Die Infrastrukturinvestitionen könnten nur zum Erfolg werden, wenn ein auf den Bedarf der einzelnen Schulen individuell abgestimmtes pädagogisches Konzept vorliege, das durch entsprechende Weiterbildungsmaßnahmen für die Lehrkräfte begleitet werde. Erst wenn diese Voraussetzungen erfüllt seien, würden auch die Finanzmittel zur Verfügung gestellt. Daher sei auch nicht zu erwarten, dass die insgesamt vorgesehenen fünf Milliarden Euro „von heute auf morgen“ eingesetzt würden. Angesichts der erforderlichen Kapazitäten für die Umsetzung gehe man von einem Mittelabfluss von einer Milliarde Euro pro Jahr bis zum Ende der Legislaturperiode aus. Mit Blick auf den derzeit diskutierten Rechtsanspruch auf Ganztagschulen mahnt die Ministerin zudem an, diesen nicht nur aus Betreuungsgesichtspunkten zu betrachten, sondern mit der Frage zu verbinden, wie sich die Qualität der Bildung durch Ganztagsunterricht erhöhen lässt.

Ein Kernthema sei angesichts der tiefgreifenden Veränderungen der Arbeitswelt überdies die berufliche Erstausbildung. In der Vergangenheit habe der Fokus stark darauf gelegen, neue Studienplätze zu schaffen. Nicht zuletzt

4

die 57.700 unbesetzten Ausbildungsplätze zeigten, dass es eine große Nachfrage nach ausgebildeten Fachkräften gebe. Zu tief verankert sei manchmal die Vorstellung, dass eine Ausbildung „der Start zum Arbeiten und ein Studium der Start einer Karriere“ sei. Dies entspreche nicht der Realität am Arbeitsmarkt, wo eine Berufsausbildung vielfach überdurchschnittliche Verdienstmöglichkeiten und Karriereperspektiven mit sich bringe.

Ein wichtiger Schritt sei deshalb das auf den Weg gebrachte Berufsbildungsmodernisierungsgesetz. Durch die darin verankerte Mindestvergütung für Auszubildende werde die Wertigkeit der Arbeit junger Leute erhöht. Zudem könne mit den neuen Fortbildungsstufen des „Bachelor Professional“ und „Master Professional“ die Durchlässigkeit zwischen akademischer und beruflicher Bildung verbessert werden. So werde ganz klar deutlich, dass berufliche und akademische Bildung gleichwertig seien. Gleichzeitig werde das System auch für den weltweiten Arbeitsmarkt transparenter.

Überdies müsse die Digitalisierung der überbetrieblichen Berufsbildungsstätten vorangetrieben werden. Gerade für mittelständische Unternehmen rechne sich die Anschaffung oftmals teurer digitaler Instrumente nicht immer. Über entsprechende Netzwerke und enge Zusammenarbeit könne ihnen dennoch Zugang zu digitaler Infrastruktur und Technologien ermöglicht werden. Gleichsam stünden in der akademischen Bildung die Vernetzung von Hochschulen mit außeruniversitären Einrichtungen und Betrieben im Vordergrund, um Wissen und Forschung besser zu teilen, zu nutzen und zugänglich zu machen.

Insgesamt führe die Digitalisierung der Arbeitswelt keineswegs dazu, dass die Arbeit ausgehe. Das Problem sei vielmehr, dass die 1,3 Millionen Menschen, deren Arbeitsplätze nach Prognosen des Bundesarbeitsministeriums bis 2025 verloren gehen könnten, ohne entsprechende Weiterbildung und Qualifikationen nur selten in der Lage seien, unmittelbar die geschätzten 2,1 Millionen neu entstehenden



Margaret Heckel, Moderatorin der Tagung, im Gespräch mit der Bundesministerin für Bildung und Forschung.

den Arbeitsplätze zu füllen. „Das Thema Weiterbildung ist deshalb nicht eines für zwei Millionen Menschen, sondern im Zweifel für alle Menschen im Erwerbsalter“, so die Bildungsministerin. Dies unterstreiche die Bedeutung der „Nationalen Weiterbildungsstrategie“, zu deren Zielen es u.a. gehöre, das schon sehr vielfältige Weiterbildungsangebot in Deutschland besser sichtbar und leichter zugänglich zu machen. Über die Verzahnung bestehender Plattformen ließen sich die individuellen Möglichkeiten, passgenaue Angebote beruflicher Weiterbildung zu erhalten, erweitern und erleichtern. Auch Arbeitgebern könne auf diese Weise die Organisation von Weiterbildung in ihrem Unternehmen erleichtert werden.

Insgesamt zeigt sich Karliczek optimistisch, dass Deutschland für die Herausforderungen der Digitalisierung bildungspolitisch gut aufgestellt sei und betont abschließend: „Je digitaler wir werden, umso wichtiger ist es, Bildung als soziale Interaktion zu begreifen und nicht aus den Augen zu verlieren, dass gute Bildung immer auch persönlichen Austausch braucht und davon lebt, dass es jemand gibt, der einen motiviert und immer wieder anregt.“



Potenziale und Grenzen von Arbeitsmarktpolitik bei der Bewältigung von Strukturwandel

Prof. Dr. Ulrich Walwei
*Kommissarischer Direktor des
Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung*



5

„Ängste gibt es bei der Digitalisierung viele – neu sind diese aber nicht“, erinnert Prof. Dr. Ulrich Walwei eingangs daran, dass schon immer befürchtet worden sei, technologischer Fortschritt bringe katastrophale Folgen auf dem Arbeitsmarkt mit sich. In der Realität habe man dies bisher jedoch nie beobachten können, was an den ambivalenten Arbeitsmarktauswirkungen neuer Technologien liege. Zwar gebe es Produktivitäts- und Rationalisierungseffekte, aber gleichzeitig wirkten sich Preis- und positive Einkommenseffekte sowie die Entstehung neuer Produkte und Ideen positiv auf die Beschäftigung aus. Im Vorhinein könne man nicht wissen, welcher Effekt überwiege. „Gewissheit dürfen Sie daher von mir nicht erwarten“, so der kommissarische Direktor des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB).

Es sei allerdings sehr unwahrscheinlich, dass die Digitalisierung in großem Maße zu technologischer Arbeitslosigkeit führe. Weniger die Veränderung im Niveau sei entscheidend, sondern vielmehr die Auswirkung auf die Struktur von Beschäftigung. Simulationen des IAB ließen darauf schließen, dass durch die Digitalisierung bis 2035 zusätzlich 1,5 Millionen neue Stellen entstünden, die in gleichem Umfang an anderer Stelle verschwinden würden.

Das Ausmaß dieser Veränderungen sei auch auf der Ebene einzelner Berufe zu beobachten. Da sich diese aus verschiedenen Tätigkeiten zusammensetzten, könne man untersuchen, welche dieser Tätigkeiten aus heutiger Sicht bereits durch digitale Technologien ersetzbar wären. Die so ermittelten Substituierbarkeitspotenziale bedeuteten jedoch nicht automatisch, dass es zu einer tatsächlichen Ersetzung der entsprechenden Tätigkeiten käme, denn hierfür spielten ebenso wirtschaftliche Faktoren, rechtliche Regelungen und individuelle Präferenzen eine Rolle.

Ungeachtet dessen sei aber zum einen erkennbar, dass sich die technologische Entwicklung mit großem Tempo vollziehe: Während noch 2013 bei 15 Prozent aller Beschäftigungsverhältnisse von einem hohem Substituierbarkeitspotenzial auszugehen war, treffe dies in 2016 bereits

auf 25 Prozent aller Stellen zu. Zum anderen unterscheide sich der gegenwärtige technologische Fortschritt von seinen Vorläufern darin, dass sich der Wandel auf allen Qualifikationsebenen von Helfer- bis zu Expertentätigkeiten auswirke. „Diesmal sind alle betroffen“, so die Botschaft Walweis.

Mit Blick auf die qualitative Entwicklung des zukünftigen Arbeitsmarktes gelte es, eine Polarisierung zu vermeiden, bei der nur wenige, überwiegend gut ausgebildete Experten profitierten, während die mittlere Beschäftigungsebene zunehmend ausgedünnt und teilweise sogar dequalifiziert würde. „Das größte Risiko im Kontext der Digitalisierung ist nicht die Technik selbst, sondern, dass Ausbildung und Weiterbildung nicht mit dem rasanten Tempo der Veränderungen Schritt halten können“, resümiert Walwei. Durch Upgrading von Qualifikationen und Vermittlung von digitalen und nicht digitalisierbaren Kompetenzen könne es aber gelingen, dass alle bei den Veränderungen mitgenommen würden.

Arbeitsmarktpolitik müsse in diesem Kontext Eigeninitiative konsequent unterstützen und auf potenzielles Marktversagen reagieren. Fatal wäre es, in Bereiche einzugreifen, in denen der Markt bereits gute Lösungen herbeiführe, beispielsweise bei der betrieblichen Weiterbildung. Es sei erforderlich, Arbeitnehmer viel stärker als Zielgruppe in den Fokus zu nehmen und nachhaltige Beschäftigungsfähigkeit durch berufliche Weiterbildung zu fördern. Wirkungsanalysen zeigten, dass betriebsnahe Maßnahmen im Durchschnitt günstigere Effekte hätten als schulische Formen der Weiterbildung und dass umfangreichere, abschlussorientierte Qualifizierungen langfristig erfolgreicher als punktuelle Maßnahmen seien. Eine entscheidende Rolle käme überdies präventiven Ansätzen zu, gerade weil man sich in der Vergangenheit „zu stark auf das Reparieren konzentriert“ habe. Hierzu gehöre es, Bildungs- und Ausbildungsarmut systematisch zu vermeiden und bessere Anreize für abschlussorientierte Qualifizierung zu setzen, während sich über vermehrte Zertifizierung im Weiterbildungsmarkt Impulse in Richtung eines lebenslangen Lernens ergeben könnten.



Yasmin Fahimi MdB

Obfrau der SPD-Bundestagsfraktion in der Enquete-Kommission „Berufliche Bildung in der digitalen Arbeitswelt“

„Im internationalen Vergleich sind und bleiben wir bei der Berufsbildung absolute Spitze“, zeigt sich Yasmin Fahimi MdB überzeugt. Das „deutsche Erfolgsgeheimnis“ liege in einer engen Verzahnung von Theorie und Praxis, einer korporatistischen Verabredungskultur, dank der sich berufliche Standards durch Nachhaltigkeit und eine hohe Anpassungsfähigkeit auszeichneten, und einem Verständnis von beruflicher Bildung als Gemeinschaftsaufgabe mit einer Lastenverteilung zwischen Wirtschaft, Staat und Individuen. Um die Stärken dieses Systems zu wahren, dürfe Flexibilisierung nicht als Beliebigkeit missverstanden werden.



Das Erlernen eines Berufes bleibe von zentraler Bedeutung, betont die SPD-Obfrau in der Enquete-Kommission „Berufliche Bildung in der digitalen Arbeitswelt“. Eine hochwertige Ausbildung vermittele den Menschen Stolz, Individualität und soziale Teilhabe. Gesellschaftlich präge sie das deutsche Produktions- und Wohlstandsmodell,

wirke der Verbreitung diffuser Statusängste entgegen und stärke so die Demokratie.

Die Digitalisierung der Arbeits- und Geschäftsprozesse führe jedoch zu einer immer schnelleren Veränderung der beruflichen Tätigkeiten. Dies erfordere ein neues Verständnis von „sich kontinuierlich entwickelnder Beruflichkeit als lebensbegleitendem Prozess des Ansammelns von Fertigkeiten und Kenntnissen“. Schließlich handele es sich nicht allein um einen technischen Wandel, sondern einen sozialen Prozess, der gestaltet werden müsse.

Konkret fordert Frau Fahimi ein „Kompetenzmonitoring“, das parallel die Entwicklung der Technologie und des Bildungsstands beobachtet. Eine generalistische Erstausbildung sei weiterhin wichtig, sie solle im Zuge einer neuen „Weiterbildungskultur“ aber mit formalisierten Qualifizierungsangeboten verzahnt werden. Rechts- oder Tarifansprüche hierauf müssten finanziell abgesichert werden – etwa über das von der SPD vorgeschlagene „Chancenkonto“.

Die Digitalisierung erfordere moderne Lerninhalte, -methoden und -organisation. Hierauf müsse das pädagogische Personal ebenso reagieren wie die Lernorte Betrieb, Berufs- und Hochschule. Zur Bewältigung dieser Herausforderungen solle die strikte Trennung von akademischer und beruflicher Bildung aufgegeben und das Erfolgsmodell der korporatistischen Regulierung ausgedehnt werden auf die vollschulische Ausbildung, die Fortbildung und das duale Studium.

Katja Suding MdB

Stellvertretende Vorsitzende der FDP-Bundestagsfraktion

Katja Suding MdB hält im Bereich der Weiterbildung vor allem eine Bündelung der vielen verschiedenen Angebote für erforderlich. Falsch wäre es jedoch, „wenn eine Expertenkommission festlegt, welches Angebot für wen das Beste

ist“. Dies müsse vielmehr aus der Nutzerschaft heraus entstehen und so für den Einzelnen über Nutzerbewertungen erkennbar werden, in welcher Situation welche Weiterbildung hilfreich sein könne. Zur Finanzierung von Weiterbildungsmaßnahmen schlägt Suding ein „Freiraumkonto“ vor, auf das jeder volljährige Bürger steuervergünstigt einzahlen könne, um das angesparte Geld dann für Kursgebühren oder fortbildungsbedingte Verdienstaufschläge zu verwenden. Ein „Midlife-BAföG“ solle denjenigen zur Verfügung gestellt werden, deren eigene finanzielle Mittel nicht ausreichen.



„Es reicht nicht aus, nur in die Technik zu investieren“, kritisiert Suding zudem mit Blick auf die schulische Bildung. Entgegen der ursprünglichen Pläne der Großen Koalition sei es FDP und Grünen gelungen, in der Grundgesetzänderung für den Digitalpakt ein weitreichenderes Engagement des Bundes zu ermöglichen, der nun auch stärker in Qualität, Lehrerfortbildung oder Inhalte investieren könne. Diese Möglichkeiten bilde der jetzige Digitalpakt jedoch nur unzureichend ab, da er bereits vor der Grundgesetzänderung verhandelt worden sei.

Die stellvertretende Vorsitzende der FDP-Bundestagsfraktion fordert daher einen „Digitalpakt 2.0“. Dieser müsse mehr in IT-Administratoren investieren, da man die Wartung und Pflege einmal installierter Infrastruktur nicht auf die Lehrerschaft abwälzen könne. Auch bei der Lehrerfortbildung sei der Bund stärker gefordert. Handlungsbedarf bestehe zudem in puncto Datenschutz, wo der verlässliche Schutz von äußerst sensiblen Schülerdaten gelingen müsse. Dies sei umso wichtiger, da ein verantwortungsvoller Umgang mit den Lerndaten von Schülern, die sich tagtäglich mit digitalen Lerninhalten auseinandersetzen, extrem wertvolle Rückschlüsse darüber erlaube, wie und auf welchem Weg Schüler am besten lernen. Letztlich gehe es nicht darum, „dass jeder nur noch mit digitalen Endgeräten im Unterricht beschäftigt ist“. Die digitalen Techniken gelte es vielmehr zu nutzen, um Schüler individueller und zielgerichteter zu fördern. Die FDP-Politikerin plädiert zudem für bundesweit einheitliche, ambitionierte Bildungsstandards bei gleichzeitiger Stärkung der Autonomie und Selbstverantwortung von Schulen, die ihre Konzepte gemäß ihrer jeweiligen Bedingungen entwickeln können sollten.

Dr. Ludger Schuknecht

Stellvertretender Generalsekretär der OECD



„Im internationalen Bildungsvergleich steht Deutschland recht gut da, aber zur internationalen Spitze gehören wir nicht immer“, stellt Dr. Ludger Schuknecht fest. Der starke nationale beziehungsweise europäische Fokus im Bildungsbereich laufe Gefahr, zu übersehen, dass die wirklichen Top-Performer im internationalen Bildungsbereich mittlerweile vor allem in asiatischen Ländern zu finden seien. Entgegen der vorherrschenden Meinung bestehe beispielsweise in China „eine große Pilotier- und Experimentierfähigkeit und -willigkeit“. Dies zeige, dass Standards und Transparenz nur dann erfolgsversprechend seien, wenn diese einen solchen „Wettbewerb um den besten Ansatz“ nicht behinderten.

Der stellvertretende Generalsekretär der OECD warnt vor allem davor, dass die Automatisierung und Veränderungen beruflicher Tätigkeiten in Deutschland massiver ausfallen könnten als in anderen Ländern, was möglicherweise auf den großen industriellen Sektor zurückzuführen sei. Besonders betroffen seien vor allem Tätigkeiten mit einem hohen Routineanteil und einem niedrigen Computerisierungsgrad. Zudem sei „in manchen Ländern die Digitalisierung bereits weiter fortgeschritten“ als hierzulande. So liege Deutschland beim Grad der Nutzung von Informationstechnologien international gesehen nur im Mittelfeld.

Zur Bewältigung der Herausforderungen durch die Digitalisierung seien vor allem die Grundausbildung und Grundkompetenzen entscheidend, da sie getreu dem Motto „Was Hänschen nicht lernt, lernt Hans schwerer“ über spätere Lernerfolge und berufliche Perspektiven mitentscheiden würden. OECD-Untersuchungen zeigten zudem, dass selbst in den international führenden Ländern nur 20 bis maximal 25 Prozent der 55- bis 65-Jährigen in der Lage seien, komplexe technologiereiche Probleme selbstständig zu lösen, während dies bei Jüngeren oft auf mehr als die Hälfte zutreffe. Mit Blick auf die notwendige Anpassungsfähigkeit sei deshalb die Befähigung zum Umgang mit digitalen Technologien eine zentrale Aufgabe der Erwachsenenbildung.

Erschreckend sei zudem das geringe Ausmaß an Weiterbildungsteilnahme von Menschen mit niedrigerem Bildungsniveau: Weiterbildung nähmen „tendenziell die Men-

schen in Anspruch, die ohnehin schon gut ausgebildet sind und es vielleicht etwas weniger nötig hätten“. Dennoch gibt sich Schuknecht zuversichtlich, dass die Herausforderungen der Digitalisierung mit vielen der derzeit in Deutschland diskutierten Konzepte erfolgreich zu bewältigen seien.

Prof. Dr. Berthold U. Wigger

*Karlsruher Institut für Technologie,
Kronberger Kreis*

Prof. Dr. Berthold U. Wigger erinnert sich an einen seiner ehemaligen Professoren, der seinen Studenten empfohlen habe, zu lernen, den Taschenrechner mit links zu bedienen, um zeitgleich mit rechts die Ergebnisse niederschreiben zu können. Die Erwiderung eines Kommilitonen, der Professor könne ja auch lernen, mit links die Tafel zu wischen, um das mit rechts Geschriebene gleich wieder abzuwischen, sei ein schlagfertiger Hinweis darauf gewesen, dass viele Fähigkeiten im Zeitablauf hinfällig würden.

In den letzten 30 Jahren habe sich die Arbeitswelt bereits dramatisch verändert und dies könne sich möglicherweise in den kommenden Jahren noch verschärfen. Ähnlich wie vor ihm Dr. Ludger Schuknecht unterstreicht auch Wigger deshalb die Bedeutung einer guten Grundausbildung, auf der spätere Bildung aufbauen könne. Man spreche in diesem Zusammenhang auch von der „Selbstproduktivität der Bildung“.

„Genau genommen wissen wir ja gar nicht, wohin die Reise geht“, so der Professor am Karlsruher Institut für Technologie, der zudem Mitglied im Kronberger Kreis, dem wissenschaftlichen Beirat der Stiftung Marktwirtschaft, ist. Wie in Zukunft welches Wissen am besten vermittelt wird, müsse sich erst noch zeigen. In einem solchen Kontext biete sich „die Organisation eines Wettbewerbs an, in dem sich überlegene Strategien durchsetzen.“

Im Bereich der Schulbildung stelle sich allerdings die



Frage, ob die Organisation eines solchen Wettbewerbs in Deutschland tatsächlich gelungen sei. Ein großes Defizit bestehe darin, dass in den einzelnen Ländern ganz unterschiedliche Inhalte vermittelt würden und die Vergleichbarkeit des Abiturs zwischen den Ländern so kaum gegeben sei. Trotz bestimmter Versuche dies zu beheben, gebe es nach wie vor „ein Sammelsurium von Qualifikationen in den Ländern, die schwer zu vergleichen sind.“ Dies führe zu einer Schwächung des Wettbewerbs in der Schulbildung, da sich Bildungsträger diesem durch die Definition von wechselseitig nicht kompatiblen Standards entzögen und die tatsächliche Leistung einzelner Wettbewerber so nicht erkennbar sei.

Diese Kritik könne man nicht mit dem bloßen Verweis auf die „Segnungen von wettbewerblichem Bildungsföderalismus“ abtun. Damit sich ein wirkungsvoller Wettbewerb überhaupt entfalten könne, bedürfe es messbarer Standards. Daher hätte man im Zuge der Grundgesetzänderung für den Digitalpakt über eine stärkere inhaltliche Steuerungsfunktion des Bundes nachdenken sollen, um ihm die Schaffung einheitlicher Standards in der Schulbildung zu ermöglichen. Wigger zeigt sich überzeugt, dass auf diese Weise eine erhebliche Qualitätsverbesserung der schulischen Grundausbildung erreicht werden könnte.

